

Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Num. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteil 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 4 M., unter Eingeladn. 6 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturkassenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 204

Freitag, 2. September

1921

Falsche Behauptungen.

(N.) Zu den in der Presse verbreiteten Behauptungen über angebliche Äußerungen des Kultusministers Gleißner teilt dieser folgendes mit:

Zu der bürgerlichen Presse werden angebliche Zitate aus einem Vortrag wiedergegeben, den ich am 26. August in einer geschlossenen Mitgliederversammlung (1) der U.S.P. in Dresden gehalten habe. Ein Spiegel der rechtsstehenden Presse hat sich offenbar in diese Versammlung eingeschlichen, um dann — Falsches zu berichten. Meine Angaben sind ungenau, grob tendenziös, zum Teil direkt unwahr und erfunden. Folgendes Zitat aus meinem Vortrag soll „wörtlich protographiert“ sein:

„Unsere großen politischen Ziele müssen unter allen Umständen erreicht werden und sei es unter Anwendung der Gewalt. Wir müssen die Anwendung der Gewalt in unsere Rechnung einstellen. Machen Sie sich dazu bereit! Doch es ist unter Anwendung von Gewalt zu machen, ist damit nicht gesagt. Das hat schon Kant abgelehnt. Für uns steht es jedenfalls fest, daß wir unsere Ziele mit allen Mitteln durchzuführen suchen müssen.“

Ich habe selbstverständlich betont ungetreutes, fern- und zusammenhangsloses Zeug nicht gesprochen. Diese Parteilichkeit meines Vortrages war jedoch rein theoretisch. Ich machte den Zuhörern klar, daß es nach dem wissenschaftlichen Evidenzstand und den geschichtlichen Erfahrungen ebenso falsch sei, den Sozialismus lediglich durch die Demokratie und Parlamente zu erschaffen, als zu meinen, daß er einzig und allein durch Gewalt herbeigeführt werden könne. Ich verwies ausdrücklich auf das kommunistische Manifest, das die Gewalttheorie enthält, und auf die Vorreden zu den späteren Ausgaben, besonders die von Engels, in denen diese Theorie aufgegeben ist. Die sozialistische Bewegung müsse aber mit der Möglichkeit rechnen, daß die letzte Entscheidung in der großen geschichtlichen Umrüstung gewaltlos herbeigeführt werden muß. Ich sagte diesen Darlegungen ausdrücklich hinzu: Niemand kann heute wissen, in welcher Form diese Umrüstung vor sich geht. Wenn ohne Gewalt, dann um so besser.

Es ist mir gar nicht eingefallen, „Propaganda für die Gewalt“ treiben zu wollen oder zur Gewaltanwendung aufzufordern, wie es die Kommentare und Zitate in der bürgerlichen Presse hielten. Das „wörtliche Stenogramm“ jenes demagogischen Vortrages ist also nicht nur unrichtig, es ist pure Schwindel. Und der „kollektivistisch-kommunistische Ideenkreis“ („Zweck der Revolution“) „näher“ ist mir nicht nur nicht, sondern ich lehnte ja gerade diese Theorie als unwissenschaftlich ab. Die Aufforderung an die Partei, falsche Auffassungen über die Haltung der U.S.P., besonders auch in den Betrieben, zurückzuweisen, bezog sich speziell auf die Stellung der U.S.P. zum Vertrag, Ultimatum und Pariser Konferenz. Auch das vermindert der Gewerkschaften der bürgerlichen Presse; er gibt weiter meinen Vergleich mit dem Verhalten der Russen nach Weltkrieg als schief wieder.

Der Mann ist offenbar ganz unfähig, über solche Dinge zu referieren, oder er läßt und vertritt absichtlich. — Aus den Fingern gezogen ist die Behauptung, ich hätte zu Beginn des Vortrages gesagt, hier seien „wir unter uns“, und da könnte ich „freier als sonst reden“. Das ist schon deshalb ganz unfähig, weil ich denselben Vortrag mit den kritischen Ausführungen aus vorher außerhalb Dresden in zwei großen öffentlichen Versammlungen gehalten und der gleichen sich mit der Auffassung der U.S.P. bedenden Standpunkt seit Jahrzehnten inner- und außerhalb der Partei vertreten habe.

Die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921.

Berlin, 31. August. Das Reichsgericht hat am 29. August die Ausführungsbestimmungen des Reichspräsidenten zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921, für die Verbot von Druckschriften, fernst für das Verbot von Versammlungen, Vereinigungen, Klubs und Kundgebungen werden an der

Die innerpolitische Lage.

Der Reichskanzler zur Ermordung Erzbergers.

Stuttgart, 31. August. Der Reichskanzler Dr. Wirth empfing auf seiner Fahrt nach Eberach einen Vertreter der württembergischen Zentrumskorrespondenz. Auf die Frage, welche politischen Folgen die Ermordung Erzbergers voraussichtlich auslösen werde, erklärte der Reichskanzler: Wenn man die Wirkungen richtig abschätzen wolle, müsse man die in den letzten Wochen steigende Erregung des arbeitenden Volkes wegen der sinnlosen Angriffe von rechts gegen die Republik und die staatliche Autorität sich vor Augen halten. Die übertriebenen Kundgebungen chauvinistischer Kreise hätten außen- und innenpolitisch Unheil angerichtet. In dem Augenblicke, wo Deutschland außenpolitisch das demokratische Selbstbestimmungsrecht fordere, kompromittierte man die Politik des Reiches. Man müsse geradezu meinen, gewisse Kreise hätten Freude daran, die deutsche Außenpolitik in eine neue Atmosphäre des Hasses und Argwohns zu fügen. In diese Atmosphäre hinein komme nun die Nachricht von der Ermordung Erzbergers, die das ganze Volk in Bewegung gebracht habe. Die ungeheure Erregung des demokratischen arbeitenden Volkes könne schlimme Wirkungen auslösen. Es sei nicht zu wenig gesagt, wenn er bemerke, das Reich sei in Gefahr. Ja, der Staat und seine Ordnung selbst könnten durch die Politik von rechts, die einen Massenaufruf von links auslöste, in Gefahr gebracht werden. Er erinnerte daran, daß vorgehen die Sozialdemokraten und die Unabhängigen gemeinsam bei ihm vorstellig geworden seien, um auf die dem Reich und der demokratischen Republik drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Der Mord an Erzberger habe die sozialistischen Parteien auseinander geführt, der Mord an einem bürgerlichen Politiker, dessen Lebensziel der demokratische Staat gewesen sei. Bieleicht sei dies gewisse Elemente auf der Rechten willkommen, weil man glaube, damit die bürgerlichen Elemente nach rechts zu ziehen. Das sei aber ein ganz gewaltiger Irrtum. Er habe in Frankfurt gesehen, wie das christlich-demokratische Volk der Arbeit sich dem Mord gegenüber einstellte. Man sollte sich auf der Rechten darüber klar sein, wie ein Versuch, die Republik in Not zu bringen, von der gesamten deutschen Arbeiterwelt brandmarkiert werden würde. Die Reichsregierung erfülle mit den Maßnahmen des gestrigen Tages nur ihre Pflicht, indem sie größeren Gefahren vorbeugende Schritte

Die Lösung der oberschlesischen Frage.

London, 1. September. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ William Harris meldet dem Blatt aus Genf: Aller Wahrscheinlichkeit nach werde der Völkervertrag eine kleine Kommission von Sachverständigen

dem Reichsminister des Inneren auch die Ortspolizeibehörden und die ihnen vorgeordneten Polizeibehörden für zuständig erklärt. Das Verbot oder die Beschlagnahme sind spätestens binnen 24 Stunden zu begründen und mit Begründung sofort dem Verleger der Druckschrift, bei Versammlungen dem Veranstalter mitzuteilen. Von jedem Verbot und jeder Beschlagnahme ist sofort dem Reichsminister des Inneren Anzeige zu erstatten.

Bayern und die jüngsten Erlasse der Reichsregierung.

Berlin, 1. September. Wie die Blätter aus München melden, beschloß sich der bayerische Ministerrat, der gestern bis in die Abendstunden tagte, mit den Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit, sowie mit den jüngsten Erlassen der Reichsregierung, vor allem mit dem Zeitungsverbot und dem Verbot des Uniformtragens. Der Ministerrat soll beschloßen haben, gegen diese Verbote bei der Reichsregierung nachdrücklich Einspruch zu erheben, und zwar sowohl gegen die Form der Erlasse wie gegen ihren sachlichen Inhalt. Wie weiter gemeldet wird, sind trotz des Verbotes durch das Reichsministerium des Inneren sowohl der „Börsliche Beobachter“ wie auch der „Münchener Anzeiger“ erschienen.

neutralen Länder erkennen, die den Auftrag erhalten, so schnell wie möglich die praktische Seite der oberschlesischen Frage zu untersuchen, insbesondere der Teilbarkeit oder Anteilbarkeit des Industrieertrags, und darüber zu berichten. Ein Besuch Oberschlesiens durch den Ausschuss werde vermutlich nicht für nötig gehalten werden. Weiter weidet aus Genf, in den Kreisen des Völkervertrages herrsche eine hoffnungsvolle Stimmung auf eine gerechte Lösung der Frage. Man sei jedoch der Ansicht, daß sich die Beratungen in die Länge ziehen würden.

Umbau des preussischen Kabinetts.

Berlin, 31. August. Das „S.T.“ weist darauf hin, es sei nicht unwahrscheinlich, daß noch vor dem Zusammentreten des Landtages am 28. September die Frage der Umbildung des preussischen Kabinetts durch Hinzuziehung der Sozialdemokratie von neuem akut werde. Der preussische Ministerpräsident Stegerwald habe gelegentlich seiner Anwesenheit beim Katholikentag in Frankfurt a. M. darüber eine eingehende Aussprache mit dem Reichskanzler Dr. Wirth und anderen führenden Politikern des linken Zentrumslagers gehabt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ befürwortet diese Meldung. Es haben in der letzten Zeit Verhandlungen stattgefunden, die einer Annäherung der Sozialdemokratie an die maßgebenden Regierungskreise zum Zwecke eines Eintrittes der Partei in die preussische Regierung gälten. Die Verhandlungen werden noch weitergeführt. Jedoch kann schon jetzt angenommen werden, daß sie ein Ergebnis zeitigen werden. Es wird also jedenfalls noch im Laufe dieses Monats das preussische Kabinetts durch das Eintreten von Mitgliedern der Sozialdemokratie vergrößert werden. Welche Ministerien durch Sozialdemokraten besetzt werden, und in welcher Form in einzelnen die Umbildung erfolgt, darüber läßt sich zurzeit Näheres noch nicht mitteilen.

England und die Lage in Deutschland.

London, 31. August. „Evening Standard“ erfährt von maßgebender Stelle, daß das britische Foreign Office die augenblickliche Krise in Deutschland mit der ersten Sorge verfolgt, da es im Interesse der Verbündeten liegt, daß die Regierung Wirth, die loyal versucht, ihren Verpflichtungen aus dem Friedensverträge nachzukommen, an der Macht bleibe. Aus diesem Grunde stelle die Downingstreet in Haag dar, daß die vor kurzem von dem ehemaligen Kaiser an seine Anhänger gerichteten aufreizenden Telegramme noch nicht der britischen Regierung einen Bruch der Bedingungen, unter denen dem ehemaligen Kaiser Rücktritt gegeben wurde, bedeuten. Die niederländische Regierung hat „Evening Standard“ zufolge dem vormaligen Kaiser eine energische Warnung erteilt.

Das Befinden des Reichstagsabgeordneten Diez.

Frankfurt, 1. September. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Karlsruhe: Über das Befinden des Reichstagsabgeordneten Diez teilt die Zentrumspresse mit, daß die Kräfte durch den linken Oberarm in die Brust gedrungen ist, wo sie noch steht. Nach dem Urteil der Ärzte liegt in 5 bis 6 Wochen wiederhergestellt sein.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

London, 31. August. Aus Smyrna wird gemeldet, daß die Schlacht am Sakaria andauert. Die Türken haben aus dem Kaufasus und Jilgine Verstärkungen erhalten. Die türkischen Kräfte, die am Sakaria stehen, sollen 60000 Mann umfassen. Die Verluste auf beiden Seiten sind schwer.

Athen, 31. August. Wie das Pressebureau mitteilt, melden alle Kriegsberechtigten, daß der feindliche Widerstand gebrochen sei und daß sich die Türken jenseits des Sakaria zurückziehen. Von ermäßigter Stelle wird erklärt, daß sich die Operationen günstig für die Griechen entwickelten. Alle türkischen Nachrichten über angebliche Siege der Türken sind falsch.

Auf gefährlichen Wegen.

Es läßt sich nicht länger verheimlichen, daß sich unser Volk zurzeit auf Wegen befindet, die es in den Abgrund führen müssen, wenn keine besonnene Hand es zurückdreht. Als Deutschland an den Wiederaufbau seines im Kriege zerstörten Wirtschaftslebens herantrat, konnte es dieses Ziel nur dann ins Auge fassen, wenn es sicher war, bei dieser Arbeit nicht durch innere Wirren und Parteistreitigkeiten gestört und gehemmt zu werden. Denn es gilt ja nicht nur das eigene Land in allen seinen Wirtschaftszweigen neu aufzubauen, sondern daneben noch die von den Siegern auferlegten Kriegsschuldungen zu leisten, die auf vier Jahrzehnte hinaus das deutsche Volk belastet werden. So gewaltige Summen können nicht von einem Teile des Volkes aufgebracht werden, sondern jede Klasse muß mit Hand anlegen und schaffen, um dem Vaterlande die für die Zahlungen nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Daß diese Mittel aber nur durch Steigerung der Produktion zu beschaffen sind, daß in erster Linie Deutschlands Ausfuhr auf das höchste Maß gesteigert werden muß, diese Erkenntnis sollte nachgerade Allgemeinort geworden sein.

Wenn aber im Vaterlande gedeihliche Arbeit geleistet werden soll, muß Ruhe herrschen; nicht nur, damit die zum Werke nötige Zusammenarbeit aller Schichten und Kreise der Bevölkerung glatt von statten geht, sondern damit auch das Ausland Vertrauen in unsere Arbeitswilligkeit gewinnt und uns seine Rohstoffe ohne zu drückende Bestimmungen verkauft und mit Sicherheit auf die Erfüllung von uns übernommener Arbeiten und Leistungen rechnen kann.

Eine Zeitlang schien es, als ob diese Erkenntnis in den weitesten Kreisen Platz gegriffen habe. In den letzten Monaten machte sich jedoch leider eine steigende Erregung bemerkbar, die zu Arbeitsniederlegungen und wilden Streiks führte und auch politisch sich infolge auswirkte, als die Parteien, statt die schwebenden Fragen in Ruhe und Sachlichkeit zu verhandeln, oft mit vorgefaßter Meinung zur Beratung schritten, sobald keine Verständigung möglich wurde. Mit Straßenrevolten und Gewalttaten können aber weder politische, noch wirtschaftliche Fragen gelöst werden; auf diesem Wege wird die Lage nur noch gespannter, die Zusammenarbeit geradezu unmöglich. Selbstbestimmung ist daher erstes Gebot der Stunde, und das um so mehr, als die wirtschaftliche Lage sich in den letzten Monaten zu unferen Ungunsten geändert hat.

Wie schon gesagt, muß Deutschland alles darauf anlegen, seine Ausfuhr auf das höchste Maß zu steigern. Wie aber soll und kann es dies, wenn ein Staat nach dem anderen durch neue Zolltarife oder Zuschläge oder direkte Verbote die Einfuhr fremder Waren unterbindet? England, Italien, Spanien und die Vereinigten Staaten von Amerika gehen ins Lager der Schutzzölner über, und das zu einer Zeit, wo die Kaufkraft der Bevölkerung Europas sowie schon infolge des Krieges sehr geschwächt ist. Zudem hat England gesetzliche Maßnahmen zum Schutze seiner Schlüsselindustrien getroffen, und Amerika wird in Zukunft nur solche Früchte und Obstsorten ins Land lassen, die von seiner eigenen Industrie noch nicht in gleicher Güte hergestellt werden können. Werden unsere Fabrikate aber nicht mehr abgenommen, so ist die Folge, daß wir alle Rohstoffe, die wir von jenen Ländern beziehen — und man denke nur an das amerikanische Getreide und die amerikanische Wolle — desto teurer bezahlen müssen. Dies hat Deutschland bereits in den letzten Monaten gespürt und wird es in Zukunft noch mehr spüren.

Dazu ist für fast alle Länder gleichmäßig ein Rückgang der Einfuhr und Ausfuhr gegenüber 1920 zu verzeichnen, dessen Nachwirkungen sich erst allmählich in ihrer ganzen Schwere zeigen werden; ist doch z. B. die Einfuhr Englands, die im ersten Halbjahr 1920 über 1 Milliarde Pfund betrug, im gleichen Zeitraum 1921 auf 0,6 Milliarden gesunken, während die entsprechenden Ausfuhrzahlen 0,8 gegen 0,4 lauten. Für die Vereinigten Staaten ist das Minus noch beträchtlicher; denn jene Einfuhr in der ersten Hälfte des Jahres 1920 betrug 2,8 Milliarden Dollar und sank 1921 auf 1,3 Milliarden, indes seine Ausfuhr im gleichen Zeitraum von 4,2 auf 2,8 Mil-